

GEW NRW stellt Studie zum Sozialindex vor

GEW-Programm für einen Sozialindex und mehr Bildungsgerechtigkeit

Die Studie „Ungleiches ungleich behandeln“ liefert die Grundlage für eine fachpolitische Diskussion über Bildungsgerechtigkeit. Die GEW NRW fordert die Einführung eines schulbezogenen Sozialindexes.

Schulleistungsstudien prangern seit Jahren die soziale Ungleichheit des deutschen Schulsystems an. Nach wie vor ist auch das Schulsystem in NRW sozial selektiv, weil allzu oft der soziale Hintergrund von Schüler*innen bestimmt, welche Schulform besucht und welcher Schulabschluss erreicht wird.

Für die nächste Legislaturperiode fordert die GEW NRW deshalb von der Politik, mehr für Bildungsgerechtigkeit und die Bekämpfung von Bildungsarmut zu tun. Die Bildungsgewerkschaft hat deshalb ein Programm vorgelegt, dessen Kern die Einführung eines schulbezogenen Sozialindexes zum Ausgleich der spezifischen Benachteiligungen einzelner Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld ist.

„Wir erwarten, dass die Landespolitik endlich das Thema Chancengleichheit im Schulsystem angeht und in der neuen Legislaturperiode liefert. Es müssen endlich ernsthaft Maßnahmen ergriffen werden, die Schulen mit schwierigen sozialen Bedingungen dabei unterstützen, den engen Zusammenhang zwischen dem individuellen Schulerfolg und den sozialstrukturellen Merkmalen des Schulstandorts aufzubrechen“, forderte Landesvorsitzende Dorothea Schäfer heute in Düsseldorf.

„Uns ist es wichtig“, ergänzte Dorothea Schäfer, „dass dabei ein modifizierter Sozialindex zentrales Element der Schulpolitik wird. Der kann ohne großen Aufwand auch in NRW berechnet werden und kann sowohl für die Ressourcensteuerung als auch für den fairen Vergleich von Leistungsdaten eingesetzt werden.“ Dieser Ansatz werde bereits in Hamburg erfolgreich praktiziert. Zwar gäbe es seit zehn Jahren in NRW einen Sozialindex, der aber lediglich die soziale Belastung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte abbilde, nicht unmittelbar „schulbezogen“ sei und nur Grund- und Hauptschulen einbeziehe. Die Verteilung zusätzlicher Ressourcen auf bedürftige Schulen werde vor Ort nach Einschätzung der Schulaufsicht vorgenommen.

Mit der vorliegenden Studie, die von der Bochumer Bildungsforscherin Prof. Dr. Gabriele Bellenberg und Gerd Möller, ehemaliger Mitarbeiter im Schulministerium NRW, verfasst wurde, wolle die GEW NRW einen Beitrag zur dringend erforderlichen fachpolitischen Diskussion leisten. Viele betroffene Schulen seien laut Dorothea Schäfer nur bedingt in der Lage, sozialmilieuspezifische und umfeldspezifische Benachteiligungen auszugleichen und

benötigten endlich Unterstützung. Die GEW NRW wisse um die Brisanz ihrer Forderung, Ungleiches ungleich zu behandeln. Dorothea Schäfer unterstrich: „Es ist zwar naheliegend, aber nicht unumstritten, für diese Schulen zusätzliche Ressourcen bereit zu stellen, um durch ergänzende pädagogische Förderung und Unterstützung nachteilige Effekte zu kompensieren und damit chancenausgleichend wirken zu können.“

Dabei wird es ohne die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, sprich Personal, nicht gehen. Die GEW-Landesvorsitzende rechnet mit mindestens 2.000 zusätzlichen Stellen, wenn nur die Grund- und Hauptschulen sowie die Schulen des gemeinsamen Lernens, wie Sekundar- und Gesamtschulen, in das Steuerungskonzept einbezogen werden.

Die Gutachter Gabriele Bellenberg und Gerd Möller empfehlen eine Reihe von Maßnahmen und Handlungsansätzen, die die schwierige Situation von sozial prekären Schulen zumindest erleichtern können. Sie richten sich sowohl an die Bildungspolitik und – forschung sowie an die Bildungsadministration als auch an die Akteure der Schulpraxis und reichen von der Ressourcensteuerung über die Umwandlung in Ganztagschulen bis hin zur Initiierung von Schulnetzwerken und Elternarbeit.

Berthold Paschert | Pressesprecher
berthold.paschert@gew-nrw.de | +49 1707319970

Essen, 30. März 2017
www.gew-nrw.de/presse